

Duell der Institute

Martin Kaelble, Berlin
08.04.11

Erstmals hat das Frühjahrsgutachten der amtlichen Wirtschaftsforscher Konkurrenz bekommen: Drei Institute provozieren mit einer Gegenanalyse

Über Jahrzehnte war es ein ungeschriebenes Gesetz: In der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute für die Bundesregierung gab es stets einen, der als Querdenker die Diskussion anregte. Seit 2010 ist das anders: Mit dem IMK wurde das letzte anders denkende Institut aus der Gemeinschaftsdiagnose ausgeschlossen. Das Wirtschaftsministerium setzt seither bei seinen Beratern auf neoklassischen Konsens – in Zeiten, in denen die Wirtschaftswissenschaft tief im Umbruch steckt. Jedenfalls außerhalb Deutschlands. In anderen Ländern herrscht größerer Pluralismus. In Großbritannien beispielsweise lässt sich der konservative Premier gern auch von ökonomischen Querdenkern beraten.

Das IMK will sich jedoch nicht damit abfinden, nicht mehr gehört zu werden. Als am Donnerstag die Institute ihr reguläres Frühjahrsgutachten in Berlin präsentierten, wartete das verbannte IMK parallel mit einem Gegengutachten auf. Dafür konnte es das französische Institut OFCE und das Wiener Institut für Wirtschaftsforschung gewinnen.

Dabei unterschieden sich beide Sichtweisen in ihrer Grundprognose kaum. Beide Seiten sehen eine kräftige Erholung in Deutschland, geringe Auswirkungen der Japan-Katastrophe und eine leichte Abschwächung der Weltwirtschaft 2012.

Doch schon in der Bewertung der konjunkturellen Risiken traten die Unterschiede hervor: Während die IMK-Gruppe die Zinswende der EZB als eine große Gefahr für die Erholung sieht, begrüßten die Institute den Schritt der Zentralbanker.

Noch schärfer der Gegensatz bei den wirtschaftspolitischen Empfehlungen: Das gewerkschaftsnahe IMK plädiert für höhere Löhne. „Wenn die Löhne um zwei Prozent zusätzlich stiegen, würde das die makroökonomischen Ungleichgewichte deutlich verringern“, sagte IMK-Chef Gustav Horn. „Wir sehen mit Sorgen das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale“, warnte hingegen Roland Döhrn, Konjunkturchef des RWI.

Auch der neue Euro-Rettungsmechanismus fand unterschiedliches Echo. Beide Seiten übten Kritik. Doch während die Institute vor allem das Fehlen eines Insolvenzverfahrens bemängelten, kritisierte die IMK-Gruppe, dass nur die Defizitstaaten als Krisenverursachen gelten. Zumindest in einem Punkt ist man sich aber einig: Eine Umschuldung Griechenlands wäre zum jetzigen Zeitpunkt verheerend.